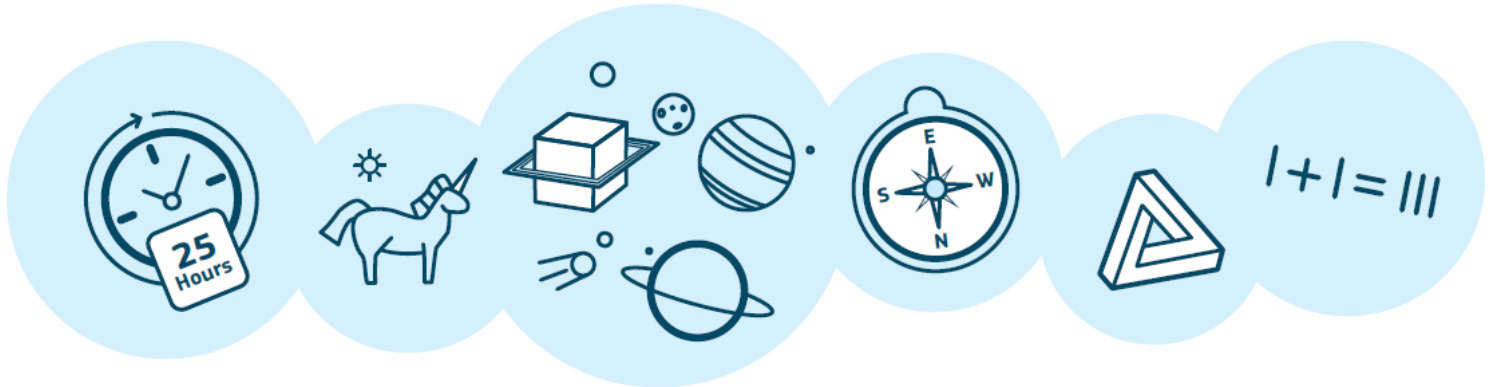




European
Commission



5. Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft in Brüssel

Mythen um die Östliche Partnerschaft



MYTHOS Nr.1

Eine Teilnahme an der Östlichen Partnerschaft führt zur Mitgliedschaft in der EU

FALSCH: Die Initiative der Östlichen Partnerschaft ist kein EU-Beitrittsprozess. Sie zielt darauf ab, einen gemeinsamen Raum der Demokratie, des Wohlstands, der Stabilität und der verstärkten Zusammenarbeit zu schaffen. Die Initiative der Östlichen Partnerschaft bietet einen inklusiven Rahmen, innerhalb dessen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, die Republik Moldau und die Ukraine insbesondere in Bezug auf Folgendes zusammenarbeiten: 1. wirtschaftliche Entwicklung und Marktchancen 2. institutionelle Stärkung und gute Regierungsführung 3. Konnektivität, Energieeffizienz, Umwelt und Klimawandel 4. Mobilität und direkte Kontakte zwischen den Menschen Jedes Land kann frei entscheiden, welche Ziele es im Rahmen seiner Beziehungen zur Europäischen Union anstrebt und mit welchem Maß an Ehrgeiz es sie verfolgt.

MYTHOS Nr.2

Die Initiative der Östlichen Partnerschaft wurde von der EU ins Leben gerufen, um Russland zu provozieren

FALSCH: Die Östliche Partnerschaft ist nicht gegen irgendein Land gerichtet; sie ist eine für beide Seiten vorteilhafte und konstruktive Plattform für die Länder in der Region zum Aufbau engerer Beziehungen zur EU, wenn sie dies wünschen. Die EU verlangt nicht, dass sich ihre Partner zwischen der EU und anderen Ländern entscheiden. Wir stehen für gute nachbarschaftliche Beziehungen. Die Östliche Partnerschaft respektiert die individuellen Ziele und Bestrebungen jedes Partnerlandes.



MYTHOS Nr.3

Die Östliche Partnerschaft löst eine Destabilisierung oder einen Regimewechsel aus

FALSCH: Durch die Transformationsagenda der Östlichen Partnerschaft soll das Leben der Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union und in den Ländern der Östlichen Partnerschaft positiv beeinflusst werden. Zur Erreichung dieser Ziele sind die Integration und die Förderung demokratischer Regeln und Grundsätze von zentraler Bedeutung. Die EU zwingt ihren Partnerländern keine Maßnahmen oder Programme auf. Das übergeordnete Ziel dieser Zusammenarbeit ist die Schaffung eines gemeinsamen Raums der Demokratie, des Wohlstands und der Stabilität im Einklang mit den Bestrebungen der einzelnen Länder.

MYTHOS Nr.4

Die Agenda der Östlichen Partnerschaft wird den Partnern gegen ihren Willen aufgezwungen

FALSCH: Die Östliche Partnerschaft ist eine gemeinsame Initiative der Europäischen Union und der sechs Partnerländer. Sie wurde niemandem aufgezwungen; die Länder können bestimmen, in welchem Maß sie sich einbringen und wie umfassend ihre Bestrebungen sind. Die EU zwingt ihren Partnerländern keine Reformagenda oder Werte auf. Das Gegenteil ist der Fall. Die Partnerländer möchten sich freiwillig an EU-Normen anpassen. Dies geschieht beispielsweise durch die Einführung transparenter und rechenschaftspflichtiger Leitungsstrukturen und durch die Harmonisierung von Industrienormen, um von beiderseitigen Handelschancen zu profitieren.

MYTHOS Nr.5

EU-Mittel gehen durch Korruption verloren

FALSCH: EU-Mittel unterliegen stets strengen Kontroll- und Berichterstattungsverfahren. Außerdem leiden die kleinen Leute am meisten unter der Korruption, und aus diesem Grund ist eine der höchsten Prioritäten, die von der EU in den Partnerländern unterstützt wird, der Kampf gegen die Korruption: Reform des Justizwesens, Verfassungs- und Wahlreformen, allgemeine Verbesserung des Geschäftsklimas und Reform der öffentlichen Verwaltung. Die Unterstützung dieser Reformen, mit denen ein gerechtes System nach dem Prinzip der Gewaltenteilung eingeführt werden soll, ist im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der EU und der Partnerländer.

MYTHOS Nr.6

Die Östliche Partnerschaft hat eine Massenmigration aus diesen Ländern in die Europäische Union ermöglicht



FALSCH: Die Europäische Union hat Abkommen mit Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine geschlossen, die deren Bürgerinnen und Bürgern, die im Besitz eines biometrischen Reisepasses sind, die visumfreie Einreise in den Schengen-Raum für 90 Tage innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen erlauben. Sie können als Touristen, zum Besuch von Verwandten oder Freunden oder als Geschäftsreisende kommen, aber nicht, um zu arbeiten. Mit Armenien und Aserbaidschan bestehen Abkommen über Visaerleichterungen, aufgrund derer zwar noch ein Visum benötigt wird, die Einreise in den Schengen-Raum aber mit weniger Verwaltungsaufwand für deren Bürgerinnen und Bürger verbunden ist. Zu diesen Abkommen gehören Rückübernahmeabkommen, nach denen sich die Verfahren zur Rückführung illegaler Einwanderer – einschließlich derer, die straffällig geworden sind – in ihre Herkunftsländer richten. Regelmäßig werden die Daten von Personen, die die Außengrenzen der EU überschreiten, mit den einschlägigen Datenbanken abgeglichen, um zu prüfen, ob diese Personen eine Gefahr für die öffentliche Ordnung, die innere Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit darstellen. Zu diesen Datenbanken gehören das Schengener Informationssystem und die Interpol-Datenbank für gestohlene und verlorene Reisedokumente. Im Rahmen eines Projekts von Frontex, der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, soll das Grenzmanagement in den sechs Partnerländern verbessert werden. Den zuständigen Behörden werden maßgeschneiderte Schulungen angeboten, um ihnen dabei zu helfen, die Sicherheit zu verbessern, hilfsbedürftige Personen zu schützen (z. B. Asylbewerber, Opfer von Menschenhandel), grenzüberschreitende Kriminalität zu verhindern und die Korruption einzudämmen.

MYTHOS Nr.7

Der Freihandel öffnet unlauterem Wettbewerb durch die Erzeugnisse der Partnerländer auf dem EU-Markt und dem Lohnverfall Tür und Tor

FALSCH: Die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den Partnerländern sind für beide Seiten von Vorteil. Die Länder der Östlichen Partnerschaft bieten neue Märkte und Abnehmer für die europäischen Unternehmen, und die vertieften und umfassenden Freihandelszonen mit Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine ermöglichen es den Bürgerinnen und Bürgern in diesen Ländern, dank erhöhter Verbraucherschutzstandards in den Genuss einer größeren Produktauswahl, -qualität und -sicherheit zu kommen. Die Ausfuhren der EU in die sechs Partnerländer haben sich nahezu verdoppelt, von 16,3 Mrd. € im Jahr 2004 sind sie auf 30 Mrd. € im Jahr 2016 angestiegen. Die Zahlen für die ersten acht Monate des Jahres 2017 sind ebenfalls vielversprechend: Sie zeigen einen deutlichen Anstieg des bilateralen Handels in allen sechs Ländern. Die Zollkontrollen an den Außengrenzen der EU garantieren, dass die eingeführten Produkte nach wie vor den Normen und Anforderungen der EU entsprechen müssen. Außerdem kann die EU Maßnahmen ergreifen, wenn ein in der EU ansässiges Unternehmen Beschwerde darüber einlegt, dass ihm durch unlautere Praktiken wie Dumping oder Subventionen ein Schaden entstanden ist.

MYTHOS Nr.8

Die EU arbeitet im Rahmen der Östlichen Partnerschaft mit Staats- und Regierungschefs zusammen, die die Demokratie oder die Menschenrechte nicht achten

FALSCH: Die Europäische Union stützt sich auf die Grundsätze der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte. Sie ist Verfechterin und Verteidigerin dieser Werte, sowohl innerhalb der EU als auch über ihre



Grenzen hinaus. Der Mehrwert der Östlichen Partnerschaft besteht darin, dass sie den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den sechs Partnerländern eine Plattform für Begegnung sowie für den Austausch von Erfahrung und bewährten Verfahren bietet. Die Stärkung einer verantwortungsvollen Staatsführung, einschließlich institutioneller Stärkung und guter Regierungsführung, ist einer der prioritären Bereiche der Östlichen Partnerschaft. Außerhalb des multilateralen Rahmens der Östlichen Partnerschaft pflegt die Europäische Union auch starke bilaterale Beziehungen zu jedem einzelnen Land und befasst sich mit Fragen im Zusammenhang mit Demokratie und Menschenrechten in jährlichen Dialogen, die diesen Themen gewidmet sind.

MYTHOS Nr.9

Die Mitgliedschaft in der Östlichen Partnerschaft bedeutet den Ausschluss der Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion

FALSCH: Die Beteiligung an der Initiative der Östlichen Partnerschaft schließt die Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion nicht aus. So sind z. B. Armenien und Belarus Mitglied in beiden. Die EU befürwortet die regionale Integration in allen Teilen der Welt. Sie muss aber auf der Entscheidungsfreiheit der teilnehmenden Länder und der Einhaltung des Völkerrechts, einschließlich der Achtung internationaler Grenzen, basieren. Was die eigene Zusammenarbeit der Europäischen Union mit der Eurasischen Wirtschaftsunion angeht, so ist – in Abstimmung mit der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen – eine Beteiligung möglich, wenn die EU-Mitgliedstaaten beschließen, dies anzustreben.

MYTHOS Nr.10

Bürgerinnen und Bürger der EU ziehen keinen Vorteil aus der Östlichen Partnerschaft

FALSCH: Die Stabilität, die Sicherheit und der Wohlstand unserer Nachbarländer sind von zentraler Bedeutung für die Stabilität, die Sicherheit und den Wohlstand der EU und bringen den Bürgerinnen und Bürgern der EU direkte Vorteile. Die Schaffung eines gemeinsamen Raums, der sich durch diese Eigenschaften auszeichnet, ist das Ziel der Östlichen Partnerschaft. Darüber hinaus bietet die Östliche Partnerschaft neue Märkte und Abnehmer für Unternehmen auf beiden Seiten, insbesondere durch die Unterzeichnung von Assoziierungsabkommen einschließlich vertiefter und umfassender Freihandelszonen. Im Rahmen dieser Abkommen sind geografische Angaben und Rechte des geistigen Eigentums von Bürgern, Unternehmen und Regionen der EU geschützt. Weitere Vorteile der Östlichen Partnerschaft und der engen Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn sind die Zunahme des Tourismus und die Möglichkeiten für einen Austausch, insbesondere für junge Menschen (z. B. das [Erasmus+-Programm](#) oder das [Jugendforum der Östlichen Partnerschaft](#)). Die Europäische Union unterstützt ferner die unabhängigen Medien in den Ländern der Östlichen Partnerschaft, da eine kritische und freie Medienlandschaft von maßgebender Bedeutung für die Demokratie ist, die wiederum die Stabilität in der Nachbarschaft der EU fördert.

[Learn more about the 5th Eastern Partnership summit](#)

